

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Schweiz: Journalisten vor Militärgericht

In einem Fax an ihre Botschaft in London bestätigte die ägyptische Regierung als erste staatliche Stelle überhaupt die Existenz illegaler Gefängnisse der CIA in Osteuropa. Der Schweizer Nachrichtendienst SND konnte die Datenübertragung abhören und über unbekannte Wege gelangte das Fax so an drei Journalisten der Boulevardzeitung „SonntagsBlick“, die es trotz expliziten Verbotes der Militärführung vollständig veröffentlichten. Daraufhin wurde ihnen von einem schweizer Militärgericht der Prozess wegen „Verbreitung eines geheimen Dokuments“ gemacht. Die Verteidigung bestritt die Legitimität dieses Gerichts, womit sie keineswegs alleine steht: Die Praxis, ZivilistInnen in der Schweiz von Militärgerichten aburteilen zu lassen steht seit fast 100 Jahren in der Kritik und wurde erst kürzlich vom UNO-Menschenrechts-Ausschuss aufgegriffen. Beobachter gehen davon aus, dass eben aufgrund dieser grundsätzlichen Kritik am 17.4. ein Freispruch erging, der sogar Entschädigungszahlungen an die Angeklagten beinhaltete.

Bundeswehr weggetreten

Nach mehreren Protestaktionen bei Werbeveranstaltungen der Bundeswehr in der Kölner Arbeitsagentur hat deren Leiter die Sprechstunden des Militärs in seinen Räumlichkeiten vorerst ausgesetzt. Die Idee, solche Veranstaltungen zu stören, machte derweil Schule. Auch in Berlin-Mitte und Berlin-Nord wurden so genannte Informationsveranstaltungen zum Truppendienst abgesagt, nachdem ein „Netzwerk für antimilitaristische Interventionen“ zu Protesten aufrief. Auch in weiteren Städten kam es zu Störaktionen. In Weimar wurde über Nacht ein Infomobil der Bundeswehr, das für den Einsatz am nächsten Tag auf dem Schulhof des Goethegymnasiums parkte, mit antimilitaristischen Parolen beschmiert und mit Blumen dekoriert. Obwohl am folgenden Schultag Feldjäger zum Einsatz kamen und sich die Schulleitung sichtlich nicht erfreut zeigte, begleiteten kritische SchülerInnen den gesamten Tag über die Werbeaktion mit Transparenten und kritischen Fragen.

„Bundeswehr Motherfucker“

Unter obigem Titel ist im Internet ein Video aufgetaucht, das einen Funker im Grundwehrdienst bei der Ausbildung am

Maschinengewehr zeigt. Zunächst ordnet der Ausbilder an, er solle sich vorstellen, auf einem Flughafen würden Terroristen sein Flugzeug entführen und zwei kurze Feuerstöße abgeben. Nach diesen stellt er fest: „Terroristen tot“. Dann die nächste Anweisung: „So, sie sind jetzt in ‚ner Bronx. Ein schwarzer Van hält vor ihnen. Drei Afroamerikaner steigen aus und beleidigen ihre Mutter aufs Größte. Vor jedem Feuerstoß will ich ein lautes ‚Motherfucker‘ hören.“ Der Rekrut tut wie ihm geheißen und wird dabei vom Ausbilder angehalten, lauter zu brüllen.

Braunzone Bundeswehr

Die Dresdner Staatsanwaltschaft prüft derzeit ein Verfahren gegen Ausbilder der Heeres-Offizierschule. Dort wurden, vermeintlich zur „politischen Bildung“ eine Reichskriegs- und eine Hakenkreuz-Flagge für einen halben Tag aufgehängt. Laut dem Inspektionschef der Schule wurden die Fahnen zu Bildungszwecken vom Landesamt für Verfassungsschutz ausgeliehen.

Die Soldatenvereinigung Leipheim e.V. kündigte auf ihrem Fliegerhorst ein Konzert mit der Band „Revenge“ am 11.4. an. BesucherInnen mussten sich bis Ende März registrieren lassen, um das militärische Sicherheitsgebiet betreten zu dürfen. Nachdem die Antifaschistische Aktion Ulm/Neu-Ulm über die rechtsradikalen Hintergründe der Band aufklärte und das geplante Konzert öffentlich scharf kritisierte, sah sich die Bundeswehr gezwungen, es abzusagen.

Unfall in Waffenfabrik

In einer Waffen- und Munitionsfabrik der Rheinmetall AG im badischen Neuenburg wurden bei einem Unfall am 2.5. zwei Arbeiter, 55 und 45 Jahre alt, verletzt. Erst eine Woche zuvor war ein 44-jähriger Mitarbeiter seinen Verletzungen erlegen, die er sich bei einer Explosion, die sich zuvor im selben Werk ereignete, zuzog. Beide Unfälle sollen in Zusammenhang mit Rotem Phosphor stehen, der in der Fabrik getrocknet und in Granaten abgefüllt wird. Roter Phosphor gilt zwar als ungiftig, dennoch konnten die Verbrennungen eines Verletzten nicht im Krankenhaus behandelt werden, da nach der Badischen Zeitung eine Kontaminationsgefahr bestand. Nach der Dekontaminierung wurde der Verletzte in einem von der Feuerwehr eigens aufgestellten Zelt behandelt.

Faslane 365

...ist eine Kampagne gegen die Modernisierung der britischen Atom-U-Boot-Flotte und für die nukleare Abrüstung des UK. Ziel ist es, vom 1.10.2006 bis 30.9.2007, also 365 Tage, die Marinebasis Faslane in Schottland gewaltfrei zu blockieren. Dabei sollen jeden Tag andere Gruppen aus ganz Europa (und darüber hinaus) zum Einsatz kommen. Über 700 Menschen wurden infolge von solchen Blockaden bereits kurzfristig festgenommen. Tatsächlich ist es aber gelungen, das Thema auf die Agenda im schottischen Wahlkampf zu bringen.

Bevölkerung weggesperrt

Da die USA die Sicherheitslage in Bagdad nicht in den Griff bekommen - kürzlich gab es während eines Besuchs des UN-Generalsekretärs sogar Mörserbeschuss in der grünen Zone - haben sie nun begonnen, einzelne Stadtviertel durch Mauern einzuschließen. So sollen die Religionsgruppen getrennt werden. Begonnen wurde mit dem überwiegend von Sunniten bewohnten Viertel Adhamija im Nordosten, das durch 5 km Mauer aus Fertigbeton über Nacht isoliert wurde. Es gibt nur einen Ausgang und einen separaten Eingang. Die Bewohner müssen Gründe vorweisen können und sich genau durchsuchen lassen, wenn sie das Viertel verlassen wollen. Spontan gab es Proteste. Vertreter des Irakischen Parlaments kritisierten, diese Sicherheitsstrategie würde nur noch mehr Wut und Gewalt provozieren. Ministerpräsident Maliki hat gefordert den Bau von Mauern einzustellen und andere Wege zu suchen, die Sicherheit wiederherzustellen. Das US-Militär hat zu diesen Forderungen bislang keine Stellung genommen.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154